



HESSISCHER LANDTAG

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Andreas Jürgens (Bündnis 90/Die Grünen)

betreffend Schmerzensgeld für ehemaligen Gefangenen

Vorbemerkung: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat einem ehemaligen Strafgefangenen ein Schmerzensgeld von 10.000 Euro zugesprochen, weil dieser in der JVA Butzbach in 2000 „sieben Tage lang nackt in einer Sicherheitszelle festgehalten wurde“ (dap-Meldung vom 7.7.2011).

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchem Grund war der Gefangene in der geschilderten Weise untergebracht?
2. War der Gefangene während dieser Zeit auch gefesselt?
3. Nach welcher damals geltenden Rechtsgrundlage erfolgte die Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum?
4. Warum blieb der Gefangene über einen Zeitraum von sieben Tagen in der Sicherheitszelle?
5. Gab es auch andere Fälle, in denen die Unterbringung ohne Bekleidung über einen solch langen Zeitraum aufrechterhalten blieb, ggf. wie viele seit 2000?
6. Welche Rechtsgrundlage gilt heute für die Unterbringung von Gefangenen in besonders gesicherten Hafträumen?
7. Erfolgt auch heute noch die Unterbringung ohne Bekleidung, ggf. unter welchen Voraussetzungen?
8. Durch welche Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, dass eine solche Unterbringung nur für den Zeitraum erfolgt, für den sie unausweichlich notwendig ist?
9. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Entscheidung des EGMR?

Wiesbaden, den 11.07.2011

Dr. Andreas Jürgens